

München, 20.07.2023

SPD fordert mehr Verantwortung für Bildung: Angestellte Lehrkräfte nicht entlassen

Die Sommerferien stehen vor der Tür: Das bedeutet Urlaub für viele Menschen. Für angestellte Lehrkräfte in Bayern führt der Weg hingegen direkt zum Arbeitsamt. Da viele nur befristete Arbeitsverträge bis zum Schuljahresende haben, müssen sie sich vor den Ferien arbeitslos melden. Für die SPD im Landtag ist das in Zeiten dramatischen Lehrermangels ein Unding: Die Sozialdemokraten fordern, diese unsoziale Praxis endlich zu beenden und den Lehrkräften unbefristete Arbeitsverträge anzubieten.

Die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Dr. Simone Strohmayr** setzt sich seit Jahren für mehr Bildungsgerechtigkeit und faire Arbeitsbedingungen für Bayerns Lehrkräfte ein. Per [Dringlichkeitsantrag](#) macht sie deshalb in der heutigen letzten Plenardebatte vor der Sommerpause nochmal deutlich: „Bayerns Schulen suchen händeringend Lehrkräfte. Es ist doch absurd, dass die schwarz-orangene Koalition Lehrern aus anderen Bundesländern einen Bonus zahlt und im eigenen Land Lehrer in die Arbeitslosigkeit schickt. Wir haben einen dramatischen Lehrermangel! Deshalb ist es fatal, Lehrkräfte vor den Ferien zu entlassen, nur um sie im September wieder einzustellen. Wer seine Lehrkräfte so schäbig behandelt, darf sich über den Lehrermangel nicht wundern.“

Die Sozialdemokratin fordert zudem, angestellte Lehrkräfte gegenüber ihren verbeamteten Kolleginnen und Kollegen nicht länger zu benachteiligen und ihnen eine langfristige Perspektive zu bieten – etwa durch die Chance auf Verbeamtung oder bessere Bezahlung. Zugleich sollte der Quereinstieg gefördert werden. Das vereinfacht die Personalsuche und sichert die Qualität des Unterrichts.

Strohmayr: „Unsere angestellten Lehrkräfte in Bayern leisten eine hervorragende Arbeit. Viele von ihnen fühlen sich jedoch wie Pädagogen zweiter Klasse und haben Einkommensnachteile. Der Freistaat spart auf Kosten der eigenen Beschäftigten und riskiert dabei, dass sich der Lehrermangel weiter verschärft. Mehr Geld für Bildung und damit auch für die Lehrkräfte – das ist SPD-Politik.“